Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1422

Mündlicher Bericht

des Ausschusses für Wirtschaftspolitik
(13. Ausschuß)

über den Entwurf eines Preisgesetzes
- Nr. 972 der Drucksachen -
und den Antrag der Fraktion des Zentrums
- Nr. 1014 der Drucksachen -
betr. Gutachten zum Preisgesetz.

Berichterstatter:
Abgeordneter Dr. Preusker

Der Bundestag wolle beschließen,

1. dem Entwurf eines Preisgesetzes in der aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung zuzustimmen;
2. folgende Entschließung zu § 1 Absatz 1 Nr. 5 anzunehmen: „Die Bundesregierung wird ersucht, bis zum 31. Dezember 1950 die Bedingungen für den Filmverleih durch Rechtsverordnung neu zu regeln.“;
3. durch die Beschlußfassung zu Ziffer 1 den Antrag der Fraktion des Zentrums betr. Gutachten zum Preisgesetz - Nr. 1014 der Drucksachen - für erledigt zu erklären.

Bonn, den 4. Oktober 1950

Der Ausschuß für Wirtschaftspolitik

Etzel (Duisburg)	Dr. Preusker
Vorsitzender	Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei Gebr. Scheur, Bonn
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30,
und Wiesbaden, Nietzschestraße 1

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines Preisgesetzes

- Nr. 972 der Drucksachen -

mit den

Beschlüssen des Ausschusses für Wirtschaftspolitik
(13. Ausschuß)

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses
Entwurf eines Preisgesetzes	**Entwurf eines Preisgesetzes**
Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Abschnitt I	Abschnitt I
§ 1	§ 1
(1) Vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an sind die am 30. Juni 1950 bestehenden Preisvorschriften noch für die nachstehend aufgeführten Güter und Leistungen anzuwenden:	(1) Vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an sind die **bis dahin** bestehenden Preisvorschriften **nur** noch für die nachstehend aufgeführten Güter und Leistungen anzuwenden:
1. die in der Anlage zu diesem Gesetz aufgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Nahrungs- und Genußmittel sowie die zur Herstellung solcher Güter unmittelbar erforderlichen Leistungen;	1. die in der Anlage 1 zu diesem Gesetz aufgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Nahrungsmittel und Leistungen;
2. auf dem Gebiete der gewerblichen Wirtschaft:	2. auf dem Gebiete der gewerblichen Wirtschaft:
a) Kohle, Koks, Briketts und Pechkohle,	a) Kohle, Koks, Briketts und Pechkohle;
b) Eisenerze, Schrott, Roheisen, Walzwerks- und Schmiedeerzeugnisse der eisenschaffenden Industrie sowie Nichteisen- und Edelmetalle,	b) Eisenerze, Schrott, Roheisen, Walzwerks- und Schmiedeerzeugnisse der eisenschaffenden Industrie;
	c) Nichteisenmetalle;
	d) **Gold, Platin und Platinbeimetalle;**
	e) **orthopädische Hilfsmittel;**
c) Elektrizität, Gas und Wasser sowie die bei der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser an Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände zu leistenden Konzessionsabgaben,	f) Elektrizität, Gas und Wasser sowie die bei der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser an Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände zu leistenden Konzessionsabgaben;

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses
d) Erdöle, Petroleum für motorische Zwecke, flüssige Treibstoffe aus Erdölen und Kohle,	g) Erdöl, flüssige Treibstoffe aus Erdölen und Kohle;
e) Düngemittel für die Landwirtschaft aus Phosphaten, Stickstoff, Kalk und Kali,	h) Düngemittel für die Landwirtschaft aus Phosphaten, Stickstoff, Kalk und Kali **sowie Humusdünger;**
f) Insulin, Penicillin und Streptomyzin;	i) Insulin, Penicillin und Streptomycin;
siehe Absatz 1 Nr. 10	3. Güter und Leistungen, die in das Bundesgebiet eingeführt werden;
3. Leistungen auf dem Gebiete des Post- und Fernmeldewesens;	*siehe Absatz 2 Nr 2*
4. Grundstücke sowie die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und Räumen jeder Art, Gewährung von Übernachtungen;	**4. auf dem Gebiete der Wohnungs- und Grundstückswirtschaft:**
	a) die Vermietung von Wohnräumen unbeschadet des § 27 Absatz 2 des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950 (BGBl. S. 83);
	b) die Vermietung und Verpachtung von gewerblich genutzten Räumen, die vor dem 31. Dezember 1949 bezugsfertig geworden sind. Wohnräume, die vorübergehend zu gewerblichen Zwecken genutzt werden, stehen Wohnräumen im Sinne des Buchstaben a gleich; § 27 Absatz 1 des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950 (BGBl. S. 83) bleibt unberührt;
	c) die Überlassung von Räumen des Beherbergungsgewerbes zu Dauerwohnzwecken;
	d) unbebaute Grundstücke, Grundstücke mit Gebäuderesten, auf denen oberhalb des Kellergeschosses benutzbarer Raum nicht mehr vorhanden ist, geringfügig bebaute Grundstücke, wenn das Grundstück als Bauland veräußert oder steuerlich als Bauland behandelt wird oder aus anderen Gründen, insbesondere wegen der Höhe des Kaufpreises, auf die Verwertung des Grundstückes zu baulichen Zwecken geschlossen werden kann;
	e) die Verpachtung von Grundstücken im Sinne der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919 (Reichsgesetzbl. S. 1371) und des Gesetzes zur Ergänzung der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 26. Juni 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 809) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 2. August 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 1074);
	f) Grundstücke mit mehr als 10 vom Hundert beschädigten Gebäuden, auf denen in den verbliebenen Gebäudeteilen oberhalb des Kellergeschosses benutzbarer Raum noch vorhanden ist;

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses
	g) Erbbaurecht an Grundstücken im Sinne von Buchstabe d;
5. Bauleistungen bei öffentlichen oder mit öffentlichen Mitteln finanzierten Aufträgen, Demontage-, Abbruch- und Verschrottungsarbeiten; Leistungen der Architekten und Ingenieure;	
6. Leistungen des Filmverleihs und der Filmtheater;	5. Leistungen des Filmverleihs und der Filmtheater;
7. Leistungen auf dem Gebiete der Kraftfahrzeugversicherung;	6. Leistungen auf dem Gebiet der **Kraftfahrthaftpflicht-, Fahrzeugvoll-, Fahrzeugteil-, Kraftfahrtunfall- und Kraftfahrtgepäck**versicherung;
8. Leistungen der Kranken- und Heilanstalten, sonstiger pflegerischer Anstalten sowie die Leistungen, die in der deutschen Arzneitaxe in der am 30. Juni 1950 geltenden Fassung geregelt sind;	7. Leistungen der Kranken- und Heilanstalten und sonstiger pflegerischer Anstalten.
9. Leistungen, für die öffentlich-rechtliche Benutzungsgebühren oder Beiträge erhoben werden, außer den in Absatz 2 genannten öffentlichen Abgaben;	
10. Güter und Leistungen, die aus dem Auslande eingeführt oder im Wege des Interzonenverkehrs in das Bundesgebiet verbracht werden.	*siehe Absatz 1 Nr. 3*
(2) Bestehende Preisvorschriften gelten ferner für Verkehrsleistungen mit Ausnahme der Leistungen der Seeschiffahrt. Sie gelten nicht für öffentliche Abgaben, einschließlich Lotsgelder, in den Seehäfen, im Geltungsbereich der Seewasserstraßenordnung und auf dem Nord-Ostsee-Kanal.	(2) **Die** bestehenden Preisvorschriften **sind** ferner **anzuwenden:** 1. für Verkehrsleistungen mit Ausnahme der Leistungen der Seeschiffahrt. **Preisvorschriften** gelten nicht für öffentliche Abgaben (einschließlich Lotsgelder) in den Seehäfen, im Geltungsbereich der Seewasserstraßenordnung und auf dem Nord-Ostsee-Kanal;
siehe Absatz 1 Nr. 3	2. **für** Leistungen auf dem Gebiete des Post- und Fernmeldewesens.
(3) Preisvorschriften im Sinne der Absätze 1 und 2 sind: 1. Vorschriften, die auf Grund des Preisgesetzes vom 10. April 1948 (WiGBl. S. 27)/3. Februar 1949 (WiGBl. S. 14)/21. Januar 1950 (BGBl. S. 7) oder des Preisbildungsgesetzes vom 29. Oktober 1936 (RGBl. I S. 927) von den mit der Preisbildung beauftragten Stellen erlassen worden sind; 2. Vorschriften über Preise und Entgelte für Güter und Leistungen der Ernährungs- und Landwirtschaft, auch wenn sie auf anderen als in Nr. 1 genannten Rechtsgrundlagen beruhen, jedoch mit	(3) **Die nach den** Absätzen 1 und 2 **noch anzuwendenden, vor dem 1. Oktober 1950 verkündeten** Preisvorschriften sind, **soweit sie für mehr als ein Land gelten, in der Anlage 2 aufgeführt. Diese Anlage ist von dem Bundesminister für Wirtschaft jeweils zum 1. Januar jeden Jahres, erstmalig zum 1. Januar 1951, auf den neuesten Stand zu bringen und im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.** **(4) Preisvorschriften der Länder, die nach den Absätzen 1 und 2 noch anzuwenden und vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes verkündet sind, treten drei Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes außer Kraft, wenn sie nicht vorher von den Ländern in einer der Anlage 2 entsprechenden Weise bekanntgemacht werden. Absatz 3 Satz 2 gilt sinngemäß.**

Entwurf

Zustimmung der mit der Preisbildung beauftragten Stellen erlassen sind;

3. die in § 15 Absatz 3 des Preisgesetzes vom 10. April 1948 (WiGBl. S. 27) bezeichneten Vorschriften;
4. die Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen vom 26. November 1936 (RGBl. I S. 955), die Verordnung über die Behandlung von Geboten in der Zwangsversteigerung vom 30. Juni 1941 (RGBl. I S. 354) und die Verordnung über die Preisüberwachung und die Rechtsfolgen von Preisverstößen im Grundstücksverkehr vom 7. Juli 1942 (RGBl. I S. 451).

§ 2

Für alle nicht in § 1 Absatz 1 und 2 genannten Güter und Leistungen sind Preisvorschriften im Sinne des § 1 Absatz 3 nicht mehr anzuwenden, soweit in ihnen Preise, Preisbestandteile, Entgelte, Zahlungs- und Lieferungsbedingungen geregelt sind.

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 2

(1) Für alle nicht in § 1 Absätze 1 und 2 genannten Güter und Leistungen sind Preisvorschriften nicht mehr anzuwenden.

(2) Unberührt bleiben:

1. Die Verordnung über Preisauszeichnung vom 16. November 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 1535) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. April 1944 (Reichsgesetzbl. I S. 98) und der Anordnung PR Nr. 21/47 vom 29. März 1947 (Mitteilungsbl. des Verwaltungsamts für Wirtschaft S. 231);
2. die Verordnung über den Nachweis von Preisen vom 23. November 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 1531);
3. die Verordnung über Preisbindungen vom 23. November 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 1573), soweit ihr die Dekartellisierungsvorschriften der Besatzungsmächte nicht entgegenstehen;
4. die Anordnung PR Nr. 130/48 vom 27. Dezember 1948 über Verbraucherpreise (Mitteilungsbl. der Verwaltung für Wirtschaft II S. 196);
5. die §§ 1, 2, 3, 5 der Verordnung über das Verbot von Rundholzverkäufen nach dem Meistgebot vom 10. Februar 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 189);
6. die §§ 1, 2, 6 der Verordnung über das Verbot von Brennholzverkäufen nach dem Meistgebot und über die Preisbildung von Brennholz vom 21. Januar 1938 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 21 vom 26. Januar 1938);
7. das Gesetz zur Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts (Wirtschaftsstrafgesetz) vom 26. Juli

Entwurf

Abschnitt II

§ 3

(1) Um bei den in § 1 Absatz 1 Nr. 1, 2, 4 bis 10 genannten Gütern und Leistungen volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise oder Entgelte zu sichern, können, soweit eine einheitliche Regelung für das gesamte Bundesgebiet oder mehrere Länder erforderlich ist, die Bundesregierung oder im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft der fachlich zuständige Bundesminister Rechtsverordnungen oder Verfügungen erlassen, durch die für die in § 1 Absatz 1 Nr. 1, 2, 4 bis 10 genannten Güter und Leistungen Preise, Preisbestandteile, Entgelte, Zahlungs- und Lieferungsbedingungen festgesetzt oder genehmigt werden; sie können solche Güter oder Leistungen von den Preisvorschriften freistellen, wenn die Entwicklung der Marktlage es gestattet.

(2) Rechtsverordnungen, durch die Preise für Getreide oder Brot, für Trinkmilch, Butter oder Zucker, für Kohle, Eisen, Elektrizität oder Gas, oder durch die Mieten oder Pachten für Grundstücke oder Räume festgesetzt oder freigegeben wer-

Beschlüsse des 13. Ausschusses

1949 (WiGBl. S. 193) in der Fassung des Gesetzes zur Erstreckung und zur Verlängerung der Geltungsdauer des Wirtschaftsstrafgesetzes vom 29. März 1950 (BGBl. S. 78).

Abschnitt II

§ 3

(1) Bei den in § Absatz 1 **Nrn. 1 bis 7** genannten Gütern und Leistungen können, soweit eine einheitliche Regelung für das gesamte Bundesgebiet oder **mehr als ein Land** erforderlich ist, die Bundesregierung oder im Einvernehmen mit dem **fachlich zuständigen Bundesminister der Bundesminister für Wirtschaft** Rechtsverordnungen erlassen, durch die Preise, Preisbestandteile, Entgelte, Zahlungs- und Lieferungsbedingungen festgesetzt oder genehmigt werden. **Unberührt bleiben Vorschriften, nach denen Preise, Preisbestandteile, Entgelte, Zahlungs- und Lieferungsbedingungen durch Gesetz festzusetzen sind.**

(2) Wenn in anderen gesetzlichen Vorschriften die Bundesregierung ermächtigt ist, Preise, Preisbestandteile, Entgelte, Zahlungs- und Lieferungsbedingungen festzusetzen oder zu genehmigen, übt diese Befugnis der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Bundesminister aus. Dies gilt nicht auf den Gebieten des Verkehrs und des Post- und Fernmeldewesens.

(3) Die Bundesregierung oder im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Bundesminister der Bundesminister für Wirtschaft sollen Güter und Leistungen des § 1 Absatz 1 von den Preisvorschriften freistellen, wenn die Entwicklung der Marktlage es gestattet.

(4) Soweit eine einheitliche Regelung für mehr als ein Land erforderlich ist, können die Bundesregierung oder im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Bundesminister der Bundesminister für Wirtschaft für Lieferungen von Elektrizität, Gas und Wasser sowie im Rahmen des § 1 Absatz 1 Nr. 3 auf dem Gebiete der Einfuhr Preise, Preisbestandteile, Entgelte, Zahlungs- und Lieferungsbedingungen in Einzelfällen auch durch Verfügung festsetzen oder genehmigen.

§ 4

(1) Rechtsverordnungen **nach** § 3, durch die Preise für **Güter oder Leistungen des § 1 Absatz 1 Nr. 2 a, 2 b, 2 c (mit Ausnahme von Rechtsverordnungen, die nur eine laufende Angleichung an Weltmarktpreise bezwecken), 2 f, 2 h, 4 a, 4 b und 6** festgesetzt oder freigegeben werden, bedür-

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses
den, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates, es sei denn, daß bei Erlaß der Rechtsverordnung nur eine Auswirkung von untergeordneter Bedeutung für den allgemeinen Preisstand, insbesondere die Lebenshaltung, zu erwarten ist.	fen der Zustimmung des Bundesrates. **Wenn** nur eine Auswirkung von untergeordneter Bedeutung für den **gesamten** Preisstand, insbesondere die Lebenshaltung, zu erwarten ist, **sowie bei den in Satz 1 nicht aufgeführten Gütern und Leistungen des § 1 Absatz 1 bedarf es einer Zustimmung** des **Bundesrates nicht. Andere gesetzliche** Vorschriften, **nach denen die Zustimmung des Bundesrates** erforderlich **ist, bleiben unberührt.** **(2) Rechtsverordnungen, die nach Absatz 1 Satz 1 der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, sind gleichzeitig mit der Zuleitung an den Bundesrat dem Bundestag bekanntzugeben.**
§ 4	§ 5
(1) Die Tarife für die Benutzung der Verkehrseinrichtungen des Bundes setzt der Bundesminister für Verkehr fest. Er setzt sonstige Verkehrstarife fest, soweit für sie eine einheitliche Regelung für das gesamte Bundesgebiet oder mehrere Länder erforderlich ist. Er genehmigt die Entgelte für die Leistungen der Binnenschiffahrt. Der Bundesminister für Verkehr bedarf des Einvernehmens des Bundesministers für Wirtschaft, soweit eine nicht unerhebliche Auswirkung auf den allgemeinen Preisstand, den Preisstand des betroffenen Wirtschaftszweiges oder die Lebenshaltung zu erwarten ist.	(1) Der Bundesminister für Verkehr **ist befugt, innerhalb seines Geschäftsbereiches** die Tarife für die Benutzung der Verkehrseinrichtungen des Bundes **zu genehmigen oder sie durch Rechtsverordnung oder Verwaltungsanordnung festzusetzen. Rechtsverordnungen sind erforderlich für Tarifmaßnahmen im Bereiche der Deutschen Bundesbahn, die betreffen:** **1. Erhöhung der Einheitssätze im Regelpersonentarif sowie der Fahrpreise des Berufsverkehrs,** **2. grundlegende Änderung der Wert- oder Entfernungsstaffel des Regelgütertarifs,** **3. Erhöhung des Regelgütertarifs um mehr als 15 vom Hundert,** **4. Erhöhung allgemein gültiger Ausnahmetarife für Grundstoffe, insbesondere für Düngemittel, Erze und Kohlen, um mehr als 20 vom Hundert.** **Solche Rechtsverordnungen bedürfen der Zustimmung des Bundesrates.** **(2) Zur Wahrung einer einheitlichen Verkehrspolitik** genehmigt **der** Bundesminister für Verkehr die Entgelte für **Verkehrsleistungen auf den Bundeswasserstraßen.** **(3) Der Bundesminister für Verkehr kann zur Wahrung einer einheitlichen Verkehrspolitik** sonstige Verkehrstarife **und sonstige Entgelte für Verkehrsleistungen durch Rechtsverordnung festsetzen,** soweit eine einheitliche Regelung für **mehr als ein Land** erforderlich ist, **es sei denn, daß durch Gesetz lediglich seine Genehmigung vorgesehen ist. Der Zustimmung des Bundesrates bedürfen Rechtsverordnungen, die betreffen** **1. im Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen:** **a) grundlegende Änderung der Wert- oder Entfernungsstaffel,**

Entwurf

(2) Der Bundesminister für Verkehr kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft Verkehrsleistungen von den Preisvorschriften freistellen, wenn die Entwicklung der Verkehrslage es gestattet.

(3) Gebühren auf dem Gebiete des Post- und Fernmeldewesens setzt der Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen fest. § 3 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 5

Mit Zustimmung des Bundesrates können die Bundesregierung oder im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft der fachlich zuständige Bundesminister Rechtsverordnungen erlassen, durch die Güter oder Leistungen, auch soweit sie in § 1 Absatz 1 und 2 nicht genannt sind, Preisvorschriften unterworfen werden, sofern dies erforderlich ist, um für solche Güter oder Leistungen volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise zu sichern, und soweit eine einheitliche Regelung für das gesamte Bundesgebiet oder mehrere Länder erforderlich ist.

Beschlüsse des 13. Ausschusses

b) Erhöhung des Regeltarifs um mehr als 15 vom Hundert,

c) Erhöhung allgemein gültiger Ausnahmetarife für Grundstoffe um mehr als 20 vom Hundert;

2. im Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen: allgemeine Erhöhung der Entgelte um mehr als 15 vom Hundert.

(4) Der Bundesminister für Verkehr bedarf **zu Maßnahmen der Absätze 1 bis 3** des Einvernehmens des Bundesministers für Wirtschaft, **wenn** eine erhebliche Auswirkung auf den **gesamten** Preisstand, **auf den** des betroffenen Wirtschaftszweiges oder **auf** die Lebenshaltung zu erwarten ist.

(5) Der Bundesminister für Verkehr kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft Verkehrsleistungen von den Preisvorschriften freistellen, wenn die Entwicklung der Verkehrslage es gestattet.

(6) Rechtsverordnungen, die nach den Absätzen 1 und 3 der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, sind gleichzeitig mit der Zuleitung an den Bundesrat dem Bundestag bekanntzugeben.

§ 6

(1) Der Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen setzt **die** Gebühren **für die Benutzung der Einrichtungen** des Post- und Fernmeldewesens **durch Rechtsverordnung oder Verwaltungsanordnung** fest. **Rechtsverordnungen sind bei Erhöhung der Gebühren um mehr als 15 vom Hundert erforderlich; sie bedürfen der Zustimmung des Bundesrates.**

(2) Die Bestimmungen des § 5 Absätze 4 und 6 gelten entsprechend.

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses
§ 6	§ 7
Soweit eine einheitliche Regelung für das gesamte Bundesgebiet oder mehrere Länder nicht erforderlich ist, können die Landesregierungen oder die obersten Landesbehörden Rechtsverordnungen oder Verfügungen im Sinne des § 3 Absatz 1 oder § 4 Absatz 1 Satz 2 erlassen.	Soweit eine einheitliche Regelung für **mehr als ein Land** nicht erforderlich ist, können die Landesregierungen oder die obersten Landesbehörden im **Rahmen** des § 3 Absatz 1 **Satz 1** oder **§ 5 Absatz 3** Rechtsverordnungen, **Verwaitungsanordnungen** oder Verfügungen erlassen; **dies gilt nicht für Güter, Leistungen oder Verkehrsleistungen, die von den Preisvorschriften freigestellt sind.**
§ 7	§ 8
(1) Die Preisüberwachung üben die Landesregierungen oder die obersten Landesbehörden aus.	(1) Die Preisüberwachung üben die Landesregierungen aus. Die **Einhaltung** der Tarife **und Entgelte des § 5 Absätze 1 und 2 und der Gebühren des § 6 Absatz 1 überwachen die** fachlich zuständigen Bundesminister oder die von **ihnen** beauftragten Behörden.
(2) Mit Zustimmung des Bundesrates können die Bundesregierung oder im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft der fachlich zuständige Bundesminister zum Zwecke einer einheitlichen Preisüberwachung Rechtsverordnungen erlassen, durch die die Preisauszeichnungs-, Preisnachweis- und Preismeldepflichten auferlegt oder aufgehoben werden.	(2) Mit Zustimmung des Bundesrates können die Bundesregierung oder im Einvernehmen mit dem **fachlich zuständigen Bundesminister der Bundesminister für Wirtschaft** Rechtsverordnungen erlassen, durch die Preisauszeichnungs-, Preisnachweis- **oder** Preismeldepflichten aufgehoben oder zum Zwecke einer einheitlichen Preisüberwachung auferlegt werden. **Die Bestimmung des § 4 Absatz 2 gilt entsprechend.**
(3) Die Überwachung der Tarife für die Verkehrseinrichtungen des Bundes und der Gebühren auf dem Gebiete des Post- und Fernmeldewesens üben der fachlich zuständige Bundesminister oder die von ihm beauftragten Behörden aus.	*siehe Absatz 1 Satz 2*
§ 8	§ 9
(1) Die ihnen nach diesem Gesetz zustehenden Befugnisse können die Bundesregierung oder im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft der fachlich zuständige Bundesminister auf eine Landesregierung oder auf oberste Landesbehörden, die Landesregierungen oder obersten Landesbehörden auf ihnen nachgeordnete Behörden übertragen. Dies gilt nicht auf dem Gebiete des Post- und Fernmeldewesens.	(1) Die Bundesregierung oder im Einvernehmen mit dem **fachlich zuständigen Bundesminister der Bundesminister für Wirtschaft** können die ihnen **nach § 3 Absätze 1 und 4 auf dem Gebiete der Einfuhr** zustehenden Befugnisse **durch Rechtsverordnung** auf **die für die Preisblidung zuständige oberste Landesbehörde** übertragen.
	(2) Der Bundesminister für Verkehr kann die ihm nach § 5 Absätze 1 und 2 zustehenden Befugnisse auf nachgeordnete Behörden übertragen, soweit Tarife durch Verwaltungsanordnung festzusetzen oder zu genehmigen sind.
	(3) Die Landesregierungen können die ihnen nach §§ 7 und 8 Absatz 1 Satz 1 zustehenden Befugnisse auf die obersten Landesbehörden, die obersten Landesbehörden auf ihnen nachgeordnete Behörden übertragen.

Entwurf

(2) Soweit *durch oder* auf Grund früherer Vorschriften Befugnisse übertragen worden sind, bleibt *die* Übertragung *für die entsprechenden Befugnisse* dieses Gesetzes in Kraft.

§ 9

Die Bundesregierung, die Bundesminister, die Landesregierungen und die obersten Landesbehörden sind auskunftsberechtigte Stellen im Sinne der Verordnung über Auskunftspflicht vom 13. Juli 1923 (RGBl. I S. 723). Die Landesregierungen *und die obersten Landesbehörden* können die ihnen nach *der* Verordnung *über Auskunftspflicht vom 13. Juli 1923 (RGBl. I S. 723)* zustehenden Befugnisse auf nachgeordnete Behörden übertragen.

§ 10

Die Behörden und Gerichte leisten den in § 9 genannten Behörden Amts- und Rechtshilfe.

§ 11

(1) Dieses Gesetz tritt am *30. Juni 1950* in Kraft. *Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen und Verfügungen können nur geahndet werden, wenn sie nach der Verkündung dieses Gesetzes begangen sind.*

(2) Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes *tritt* die Anordnung über Preisbildung und Preisüberwachung nach der Währungsreform vom 25. Juni 1948 (Mitteilungsbl. der Verwaltung für Wirtschaft Teil II S. 91) *in der am 30. Juni 1950 geltenden Fassung* außer Kraft.

(3) *Die Bundesregierung setzt das Gesetz durch Rechtsverordnung außer Kraft, die der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates bedarf.*

Beschlüsse des 13. Ausschusses

(4) Soweit auf Grund früherer Vorschriften Befugnisse übertragen worden sind, **die den §§ 7, 8 und 9 Absatz 1 entsprechen,** bleibt **diese** Übertragung **im Rahmen** dieses Gesetzes in Kraft.

(5) Die Übertragung der Befugnisse kann widerrufen werden.

§ 10

Die Bundesregierung, die Bundesminister, die Landesregierungen und die obersten Landesbehörden sind **im Rahmen dieses Gesetzes** auskunftsberechtigte Stellen im Sinne der Verordnung über Auskunftspflicht vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 723). Die Landesregierungen können die ihnen nach **dieser** Verordnung zustehenden Befugnisse auf nachgeordnete Behörden übertragen.

§ 11

(1) Dieses Gesetz tritt am **1. Januar 1951** in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes **treten** die Anordnung über Preisbildung und Preisüberwachung nach der Währungsreform vom 25. Juni 1948 (Mitteilungsbl. der Verwaltung für Wirtschaft II S. 91) **sowie die Vorschriften über Preisfreigaben der Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und des bayerischen Kreises Lindau** außer Kraft.

Entwurf

Anlage zu § 1 des Preisgesetzes

Getreidewirtschaft

- Getreide (Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Mais, Milokorn, Hirse u. ä.)
- Getreidemahlerzeugnisse
- Schälmühlenerzeugnisse
- Panier- und Mutschelmehl
- Teigwaren
- Kindernährmittel
- Brot- und Kleingebäck
- Zwieback
- Backhefe
- Futtergetreide aller Art
- Speise- und Futterhülsenfrüchte
- Mischfuttermittel
- Futtermittel aus der Getreide- oder Hülsenfruchtverarbeitung
- Ölkuchen, Ölkuchenschrot, Ölkuchenmehl
- Saatgetreide
- Malz
- Bier

Milch- und Fettwirtschaft

- Frischmilch (Trinkmilch)
- Butter
- Butterschmalz
- Talgschmelzenprodukte
- Schweineschmalz
- Sonstige Speisefette und -öle
- Pflanzliche und tierische Fette und Öle (roh, raffiniert, sowie raffiniert und gehärtet), soweit sie für die Herstellung von Nahrungs-, Genuß- und Futtermitteln bestimmt sind

Zuckerwirtschaft

- Zucker
- Zuckerrüben
- Vollwertige Zuckerrübenschnitzel und Rübenbrocken sowie Schrot daraus

Sonstiges

- Unverarbeiteter Monopolsprit

Beschlüsse des 13. Ausschusses

Anlage **1** zu § 1 des Preisgesetzes

Getreidewirtschaft:

- **Brotgetreide** (Roggen, Weizen, **Spelz (Dinkel, Fesen), Emer und Einkorn)**
- **Andere Getreide** (Gerste, Hafer, Mais, **Buchweizen,** Hirse, **Reis)**
- **Saatgut von Brotgetreide und anderem Getreide**
- Getreidemahlerzeugnisse (**Mehl, Dunst, Brot)**
- Brot
- Kleingebäck

Milch- und Fettwirtschaft:

- **Milch**
- Butter
- Butterschmalz
- Schweineschmalz
- Sonstige Speisefette und -öle
- Pflanzliche und tierische Fette und Öle (roh, raffiniert sowie raffiniert und gehärtet), soweit sie für die Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln bestimmt sind

Zuckerwirtschaft:

- Zucker
- Zuckerrüben

Sonstiges:

- Unverarbeiteter Monopolsprit

Leistungen:

- **Lohnmüllerei**
- **Lohnbäckerei**
- **Schlagen von Öl im Lohnverfahren**

Anlage 2 (neu) zu § 1 des Preisgesetzes

Zusammenstellung
der Preisvorschriften, die nach § 1 noch anzuwenden sind*)

A. Einzelvorschriften

I. Ernährungswirtschaft

1. Getreidewirtschaft

Anordnung PR Nr. 24/50 vom 27. April 1950 über Entgelte in der Lohnbäckerei und -müllerei sowie Kieinpackungszuschläge für Mehl und Grieß (BAnz. Nr. 92 vom 13. Mai 1950), mit Ausnahme der §§ 3, 4 und 5.

Anordnung PR Nr. 38/50 vom 18. Juli 1950 über die Festsetzung von Getreidepreisen für die Monate Juli, August und September 1950 sowie zur Ergänzung und Änderung der Anordnung über Preisbildung und Preisüberwachung nach der Währungsreform und der Anordnung PR Nr. 84/49 über die Preisbildung für eingeführte Güter (BAnz. Nr. 183 vom 22. September 1950).

Verordnung PR Nr. 58/50 vom 5. September 1950 zur Änderung der Anordnung über Preisbildung und Preisüberwachung nach der Währungsreform (BAnz. Nr. 183 vom 22. September 1950).

2. Milch- und Fettwirtschaft

Anordnung PR Nr. 49/48 vom 9. Mai 1948 über die vorläufige Regelung der Preise für pflanzliche Öle und Margarine in der britischen Besatzungszone (VfWMBl. B S. 64), in der Fassung der Anordnung PR Nr. 91/48 vom 25. August 1948 (VfWMBl. II S. 150), der Anordnung PR Nr. 11/49 vom 24. Februar 1949 (VfWMBl. II S. 35) und der Anordnung PR Nr. 40/49 vom 16. Mai 1949 VfWMBl. II S. 62).

Anordnung PR Nr. 42/49 vom 18. Mai 1949 über Preise für Schmelzmargarine (Margarine mit einem Mindestfettgehalt von 99 %) (VfWMBl. II S. 63).

Anordnung PR Nr. 87/49 vom 14. Dezember 1949 über Preise für festes Speisefett (MinBl. BWM S. 26) in der Fassung der Anordnung PR Nr. 11/50 vom 27. März 1950 (BAnz. Nr. 72 vom 14. April 1950).

Anordnung PR Nr. 1/50 vom 27. Januar 1950 über Preise für Milch und Butter (BAnz. Nr. 43 vom 2. März 1950) in der Fassung der Anordnung PR Nr. 25/50 vom 11. Mai 1950 (BAnz. Nr. 98 vom 24. Mai 1950).

Anordnung PR Nr. 12/50 vom 27. März 1950 über Preise für Ziehmargarine (BAnz. Nr. 98 vom 24. Mai 1950).

---

*) **Die Aufnahme in diese Liste entscheidet nicht über die Rechtswirksamkeit der Vorschriften.**

Anordnung PR Nr. 13/50 vom 28. März 1950 über Preise für Kunstspeisefett (BAnz. Nr. 98 vom 24. Mai 1950).

Anordnung PR Nr. 26/50 vom 11. Mai 1950 über Butterpreise (BAnz. Nr. 98 vom 24. Mai 1950).

3. Zuckerwirtschaft

Anordnung PR Nr. 93/47 vom 26. September 1947 über Preise für Zuckerrüben, Zucker, Zuckerschnitzel aller Art (VAWMBl. S. 257) (Preise für Zuckerrüben Abschnitt I).

Anordnung PR Nr. 80/49 vom 30. September 1949 über Preise für Zucker, Zuckerrübenschnitzel und Melasse (VfWMBl. II S. 106) (gilt nur noch für Zucker, vollwertige Zuckerrübenschnitzel und Zuckerrübenbrocken) in der Fassung der Anordnung PR Nr. 15/50 vom 6. Juni 1950 (BAnz. Nr. 109 vom 10. Juni 1950) und der Verordnung PR Nr. 57/50 vom 1. September 1950 (BAnz. Nr. 182 vom 21. September 1950).

4. Sonstiges

Bekanntmachung vom 9. Juni 1950 über die Verkaufpreise für unverarbeiteten Branntwein jeder Art in Mengen über 280 Liter Weingeist, den Branntweinaufschlag, den Monopolausgleich und die Essigsäuresteuer (BAnz. Nr. 111 vom 14. Juni 1950).

Bekanntmachung vom 9. Juni 1950 über die ab 1. Juni 1950 geltenden Kleinverkaufpreise für unverarbeiteten Branntwein jeder Art in Mengen bis zu 280 Liter Weingeist (BAnz. Nr. 115 vom 20. Juni 1950).

II. Gewerbliche Wirtschaft

1. Kohle, Koks, Briketts und Pechkohle

Anordnung vom 30. Juli 1948 über Preise für Steinkohle, Steinkohlenkoks und Steinkohlenbriketts aus den Revieren Ruhr, Aachen und Niedersachsen sowie für oberbayerische Pechkohle und Gaskoks (VfWMBl. II S. 115).

Anordnung vom 31. Juli 1948 über Preise für Braunkohle, Braunkohlenbriketts, Braunkohlenschwelkoks und sonstige Braunkohlenerzeugnisse aus den Revieren Köln, Helmstedt und Kassel (VfWMBl. II S. 117).

Anordnung vom 29. April 1949 zur Änderung der Anordnung über Preise für Braunkohle, Braunkohlenbriketts, Braunkohlenschwelkoks und sonstige Braunkohlenerzeugnisse aus den Revieren Köln, Helmstedt und Kassel (VfWMBl. II S. 50).

Anordnung vom 30. Dezember 1949 über Preise für Steinkohle, Steinkohlenkoks und Steinkohlenbriketts aus den Revieren Ruhr, Aachen und Niedersachsen sowie über Preise für Braunkohlenbriketts aus dem Revier Helmstedt (BAnz. 1950 Nr. 5 vom 7. Januar 1950).

Berichtigung zur Anordnung über Preise für Steinkohle, Steinkohlenkoks und Steinkohlenbriketts aus den Revieren Ruhr, Aachen und Niedersachsen sowie über Preise für Braunkohlenbriketts aus dem Revier Helmstedt (BAnz. 1950 Nr. 21 vom 31. Januar 1950).

Anordnung vom 20. Juli 1950 zur Änderung von Preisen für Steinkohle, Steinkohlenkoks und Steinkohlenbriketts aus den Revieren Niedersachsen und Aachen sowie von Preisen für Braunkohlenbriketts aus den Revieren Köln und Helmstedt (BAnz. Nr. 150 vom 8. August 1950).

2. Eisenerze, Schrott, Roheisen, Walzwerks- und Schmiedeerzeugnisse der eisenschaffenden Industrie

Anordnung vom 15. April 1948 über die Preise für Roheisen, Walzwerkserzeugnisse und Schmiedestücke (VfWMBl. B S. 70) nebst ihren Durchführungserlassen.

Anordnung PR Nr. 135/48 vom 8. Dezember 1948 über die Preise für Schrott, Gußbruch und Nutzeisen (VfWMBl. 1949 II S. 6).

Erlaß PR Nr. 18/49 vom 23. Mai 1949 betr. Rabatte im Streckengeschäft für Eisen und Stahl (VfWMBl. II S. 66).

Erlaß PR Nr. 33/49 vom 26. Juli 1949 betr. Rabatte im Streckengeschäft für Eisen und Stahl bei Lieferungen an die Besatzungsmächte (VfWMBl. II S. 92).

Erlaß PR Nr. 46/49 vom 26. November 1949 betr. Preisbildung für Walzwerkserzeugnisse (MinBl. BWM S. 22).

Erlaß PR Nr. 48/49 vom 12. Dezember 1949 betr. Preisbildung für Walzdraht (BAnz. Nr. 5 vom 7. Januar 1950).

Erlaß PR Nr. 51/49 vom 27. Dezember 1949 betr. Preisbildung für Stahlhalbzeug (BAnz. Nr. 5 vom 7. Januar 1950).

Anordnung PR Nr. 23/50 vom 30. April 1950 über Preisbildung für Elektrobleche (BAnz. Nr. 101 vom 27. Mai 1950).

Verordnung PR Nr. 44/50 vom 27. Juli 1950 über Preise für Gießereiroheisen (BAnz. Nr. 175 vom 12. September 1950).

Verordnung PR Nr. 63/50 vom 21. September 1950 über einen Preisausgleich für die eisenverbrauchende Wirtschaft in Westberlin (BAnz. Nr. 189 vom 30. September 1950).

3. Gold, Platin und Platinbeimetalle

Erlaß PR Nr. 41/49 vom 6. Oktober 1949 betr. Preise für Platin und Platinbeimetalle (MinBl. BWM S. 18).

Erlaß PR Nr. 45/49 vom 7. November 1949 betr. Goldpreis MinBl. BWM S. 22).

Verordnung PR Nr. 46/50 vom 27. Juni 1950 über Höchstpreise für Platin, Iridium und Osmium (BAnz. Nr. 158 vom 18. August 1950) (gilt nur noch für Osmium).

Verordnung PR Nr. 56/50 vom 30. August 1950 über Höchstpreise für Platin und Iridium (BAnz. Nr. 172 vom 7. September 1950) (gilt nur noch für Iridium).

Verordnung PR Nr. 62/50 vom 21. September 1950 über Höchstpreise für Platin (BAnz. Nr. 189 vom 30. September 1950).

4. Orthopädische Hilfsmittel

Anordnung PR Nr. 96/47 vom 27. September 1947 zur Änderung der Preise der Reichsliste über orthopädische Hilfsmittel (Nachr.Pr.V. S. 194).

5. Elektrizität, Gas und Wasser .

Verordnung vom 25. Juli 1938 über die Bildung allgemeiner Tarifpreise für die Versorgung mit elektrischer Energie (Tarifordnung für elektrische Energie) (RGBl. I S. 915).

Erste Ausführungsverordnung vom 25. Juli 1938 zur Verordnung über die Bildung allgemeiner Tarifpreise für die Versorgung mit elektrischer Energie (Tarifordnung für elektrische Energie) (RGBl. I S. 918).

Runderlaß Nr. 121/38 vom 3. November 1938 betr. die Durchführung der Tarifordnung für elektrische Energie (RMBl. i. V. S. 1845, Mitt.Bl.RfPr. I Nr. 36).

Runderlaß Nr. 129/38 vom 16. November 1938 betr. Durchführung der Tarifordnung für elektrische Energie (Mitt.-Bl. I Nr. 38) mit Ausnahme der Anlage (Mustertarif).

Runderlaß Nr. 150/38 vom 24. Dezember 1938 betr. Durchführung der Tarifordnung für elektrische Energie (Mitt.-Bl. 1939 I Nr. 1) mit Ausnahme der Anlage (Mustertarif).

Mustertarif für elektrische Energie vom 14. Juli 1940, Anlage zum Runderlaß Nr. 84/40 (Mitt.-Bl. I S. 532).

Runderlaß Nr. 2/40 vom 5. Januar 1940 betr. Abrechnung des Stromverbrauchs in landwirtschaftlichen Gemeinschaftsanlagen (Mitt.-Bl. I S. 24).

Verordnung vom 15. Mai 1939 über die Bildung allgemeiner Tarifpreise für die Versorgung mit Gas (Tarifordnung für Gas) (RGBl. I S. 925).

Erste Ausführungsverordnung vom 15. Mai 1939 zur Verordnung über die Bildung allgemeiner Tarifpreise für die Versorgung mit Gas (Tarifordnung für Gas) (RGBl. I S. 927).

Runderlaß Nr. 87/39 vom 20. August 1939 betr. Durchführung der Tarifordnung für Gas (Mitt.-Bl. I S. 353).

Runderlaß Nr. 16/48 vom 28. Mai 1948 betr. Regelung der Gas- und Strompreise.

Anordnung vom 4. März 1941 über die Zulässigkeit von Konzessionsabgaben der Unternehmen und Betriebe zur Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser an Gemeinden und Gemeindeverbände (RAnz. Nr. 57 und Nr. 120).

Ausführungsanordnung zur Konzessionsabgabenanordnung vom 27. Februar 1943 (RAnz. Nr. 75 vom 31. März 1943).

Durchführungsbestimmungen zur Konzessionsabgabenanordnung und zu ihrer Ausführungsanordnung vom 27. Februar 1943 (Mitt.-Bl. I S. 228).

Richtlinien zur Abgeltung von Heimfallverpflichtungen vom 7. Oktober 1944 (Mitt.-Bl. I. S. 522).

Anordnung vom 27. Januar 1942 über die Verbindlicherklärung der allgemeinen Bedingungen der Energieversorgungsunternehmen (RAnz. Nr. 39 und Nr. 46).

Anordnung vom 21. Februar 1942 betr. Bedingungen für die Versorgung der Anlagen der Deutschen Reichspost mit elektrischer Arbeit auf Grund von Sonderpreisen außerhalb der allgemeinen Tarifpreise.

§ 2 der Anordnung vom 16. März 1942 über kriegsbedingte Preismaßnahmen auf dem Gebiet der Energiewirtschaft (RAnz. Nr. 65).

Runderlaß Nr. 27/42 vom 16. März 1942 betr. kriegsbedingte Preismaßnahmen auf dem Gebiete der Energiewirtschaft (Mitt.-Bl. I S. 179).

Zweite Anordnung vom 19. Mai 1943 über kriegsbedingte Preismaßnahmen auf dem Gebiete der Energiewirtschaft (RAnz. Nr. 116).

Anordnung Nr. 53/48 vom 21. Juni 1948 zur Änderung der Preise für elektrischen Strom (VfWMBl. II S. 94) (gilt kraft Landesrechts auch in den Ländern der französischen Besatzungszone).

Anordnung PR Nr. 52/48 vom 21. Juni 1948 zur Änderung der Preise für Gas (VfWMBl. II S. 93) gilt kraft Landesrechts auch in den Ländern der französischen Besatzungszone).

Anordnung PR Nr. 99/48 vom 14. September 1948 zur Änderung der Preise für Wasser (VfWMBl. II S. 152).

6. Erdöl, flüssige Treibstoffe aus Erdölen und Kohle

Erlaß PR Nr. 155/48 vom 15. September 1948 betr. Preisfestsetzung für deutsches Rohöl (VfWMBl. II S. 177).

Anordnung PR Nr. 90/49 vom 21. Dezember 1949 über die Neuregelung der Mineralölpreise (MinBl. BWM S. 27).

Gesetz zur Neuordnung der Treibstoffpreise vom 19. Juni 1950 (BGBl. S. 225).

Erlaß PR Nr. 12/50 vom 14. Juli 1950 betr. Festsetzung der Rohölübernahmepreise für Importrohöl.

Erlaß PR Nr. 13/50 vom 15. Juli 1950 betr. Festsetzung der Übernahmepreise für Vergaser- und Dieselkraftstoff.

7. Düngemittel

Anordnung PR Nr. 51/47 vom 12. Juni 1947 über Preise für Düngekalk in der britischen Besatzungszone (Nachr.Pr.V. S. 121).

Anordnung PR Nr. 107/48 zur Änderung der Anordnung PR Nr. 51/47 vom 1. September 1948 (VfWMBl. II S. 172).

Anordnung PR Nr. 19/48 vom 25. Februar 1948 über Preise für Superphosphat (VfWMBl. B S. 55).

Anordnung PR Nr. 84/48 vom 27. Juli 1948 über Preise für stickstoffhaltige Düngemittel (VfWMBl. II S. 140).

Anordnung PR Nr. 89/48 vom 16. August 1948 über Preise für Kali-Düngemittel (VfWMBl. II S. 129).

Anordnung PR Nr. 49/49 vom 30. Juni 1949 über Preise für Kalkstickstoffdüngemittel im Düngejahr 1949/50 (VfWMBl. II S. 78).

Anordnung PR Nr. 34/50 vom 7. Juni 1950 über Preise für Thomasphosphat (Thomasmehl) (BAnz. Nr. 113 vom 16. Juni 1950).

8. Insulin, Penicillin und Streptomycin

Anordnung PR Nr. 9/49 vom 22. Februar 1949 über den Preis für ein eingeführtes ampulliertes Insulin (VfWMBl. II S. 34).

Anordnung PR Nr. 10/49 vom 22. Februar 1949 über den Preis für eingeführtes Penicillin (VfWMBl. II S. 34).

Anordnung PR Nr. 39/49 vom 14. Mai 1949 über den Preis für eingeführtes Streptomycin (VfWMBl. II S. 62).

III. Eingeführte Güter

Anordnung PR Nr. 84/49 vom 9. November 1949 über die Preisbildung für eingeführte Güter (MinBl. BM W. S. 14) in der Fassung der Anordnung PR Nr. 7/50 vom 17. März 1950 (BAnz. Nr. 93 vom 16. Mai 1950).

IV. Wohnungs- und Grundstückswirtschaft

1. Mieten und Pachten

Runderlaß Nr. 184/37 vom 12. Dezember 1937 betr. Preisüberwachung und Preisbildung bei Mieten (Mitt.-Bl. Sondernummer vom 15. Dezember 1937) mit den zugehörigen Durchführungserlassen.

Runderlaß Nr. 5/47 vom 2. März 1947 betr. Mietpreisbildung: Herstellung der Rechtsgleichheit zwischen der amerikanischen und britischen Besatzungszone (Nachr.Pr.V. 1947 S. 17).

Runderlaß Nr. 7/47 vom 22. März 1947 (geändert durch Runderlaß Nr. 14/48 vom 7. Mai 1948) betr. Richtlinien für Saalmieten (Nachr.Pr.V. S. 45).

Runderlaß Nr. 14/47 vom 4. Juni 1947 betr. Überprüfung der Mieten und Pachten bei Filmtheatern (Nachr.Pr.V. S. 109).

Runderlaß Nr. 29/47 vom 18. November 1947 betr. Richtlinien für Wohnraummieten auf dem Lande (VfWMBl. B S. 27).

Anordnung PR Nr. 111/47 vom 18. November 1947 über Höchstpreise bei Untervermietung von Wohnraum (VfWMBl. 1948 S. 22).

Runderlaß Nr. 19/48 vom 12. Juli 1948 betr. Durchführung der Anordnung PR Nr. 111/47 über Höchstpreise bei Untervermietung von Wohnraum vom 18. November 1947 (VfWMBl. II S. 13).

Anordnung PR Nr. 115/48 vom 8. Oktober 1948 über Vergütung für die Benutzung von Räumen des Beherbergungsgewerbes zu Dauerwohnzwecken (VfWMBl. II S. 173).

Runderlaß Nr. 27/48 vom 13. November 1948 betr. Umlegung von Brennstoffkosten, Anfuhrkosten und Bedienungskosten bei Sammelheizung und Warmwasserversorgung (VfWMBl. II S. 184).

Runderlaß Nr. 32/48 vom 24. Dezember 1948 betr. Umlegung des Wassergeldes (VfWMBl. II S. 203).

Anordnung PR Nr. 13/49 vom 2. März 1949 zur Ergänzung der Anordnung PR Nr. 115/48 über die Vergütung für die Benutzung von Räumen des Beherbergungsgewerbes zu Dauerwohnzwecken vom 8. Oktober 1948 (VfWM Bl. II S. 42).

Runderlaß Nr. 5/49 vom 7. April 1949 betr. Beteiligung der Mieter und Pächter bei Instandsetzung von Räumen, die durch Kriegseinwirkung beschädigt worden sind, sowie bei der Neugewinnung von Räumen bei Ein- oder Ausbau (VfWMBl. 11 S. 44).

Runderlaß Nr. 8/49 vom 21. Mai 1949 über Änderung des Runderlasses Nr. 29/47 betr. Richtlinien für Wohnraummieten auf dem Lande vom 18. November 1947: Hier Abschnitt IV: Stromverbrauch (VfWMBl. II S. 58).

Anordnung PR Nr. 60/49 vom 20. Juni 1949 zur Änderung der Anordnung PR Nr. 111/47 vom 18. November 1947 über Höchstpreise bei Untervermietung von Wohnraum (VfWMBl. II S. 90).

Anordnung PR Nr. 72/49 vom 6. September 1949 über den Ausgleich von Grundsteuer- und Gebührenmehrbelastungen des Hausbesitzes (VfWMBl. II S. 96).

§ 27 des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950 (BGBl. S. 83).

2. Grundstücke

Runderlaß Nr. 155/37 vom 6. Oktober 1937 betr. Preisbildung und Preisüberwachung bei Grundstücken.

Runderlaß Nr. 64/41 vom 10. Juni 1941 betr. Preisbildung und Preisüberwachung bei Bauland; Festsetzung von Richtpreisen (Mitt.-Bl. I S. 350).

Verordnung über die Behandlung von Geboten in der Zwangsversteigerung vom 30. Juni 1941 (RGBl. I S. 354) in der Fassung der Verordnung vom 27. Januar 1944 (RGBl. I S. 47) nebst Durchführungsverordnung vom 15. September 1941 (RGBl. I S. 548).

Runderlaß Nr. 65/42 vom 27. Juni 1942 betr. Durchführung des Preiserhöhungsverbots bei Enteignungen.

Runderlaß Nr. 66/42 vom 1. Juli 1942 betr. Festsetzung von Richtpreisen für Bauland.

Verordnung vom 7. Juli 1942 über die Preisüberwachung und die Rechtsfolgen von Preisverstößen im Grundstücksverkehr (RGBl. I S. 451).

Anordnung PR Nr. 144/48 vom 27. Dezember 1948 betr. Änderung und Ergänzung der Anordnung über Preisbildung und Preisüberwachung nach der Währungsreform vom 25. Juni 1948 (VfWMBl. II S. 199).

V. Filmwirtschaft

Anordnung PR Nr. 15/47 vom 25. März 1947 über preisliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Filmwirtschaft (Nachr. Pr.V. S. 22).

Anordnung PR Nr. 15a/47 vom 20. Mai 1947 über Abänderung der Anordnung PR Nr. 15/47 über preisliche Maßnahmen in der Filmwirtschaft vom 25. März 1947 (Nachr. Pr.V. S. 53).

Runderlaß Nr. 12/47 vom 15. Mai 1947 betr. Anordnung PR Nr. 15/47 über Filmwirtschaft vom 25. März 1947 (Nachr.Pr.V. S. 109).

Anordnung PR Nr. 88/48 vom 19. August 1948 über Mietsätze für den Filmverleih (VfWMBl. II S. 129).

VI. Kraftfahrtversicherung

Anordnung PR Nr. 30/49 vom 20. April 1949 über Änderung des Einheitstarifs für Kraftfahrtversicherung (VfWMBl. II S. 51).

Verordnung PR Nr. 51/50 vom 9. August 1950 über Änderung des Einheitstarifes für Kraftfahrtversicherung (BAnz. Nr. 160 vom 22. August 1950).

Verordnung PR Nr. 52/50 vom 9. August 1950 über Provisionen in der Kraftfahrtversicherung (BAnz. Nr. 160 vom 22. August 1950).

VII. Kranken- und Heilanstalten

Anordnung PR Nr. 140/48 vom 18. Dezember 1948 über Pflegesätze der Kranken- und Heilanstalten und sonstiger pflegerischer Anstalten aller Art (VfWMBl. II S. 199).

Runderlaß Nr. 30/48 vom 18. Dezember 1948 betr. Richtlinien für die Behandlung von Anträgen auf Erhöhung von Pflegesätzen der Kranken- und Heilanstalten und sonstigen pflegerischen Anstalten aller Art, insbesondere Alters-, Kinder-, Blinden- und Krüppelheime (VfWMBl. II S. 202).

VIII. Verkehrswirtschaft

1. Eisenbahnen

Die Tarife der Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs.

2. Binnenschiffahrt

Verordnung vom 3. Oktober 1941 über die Frachtenbildung in der Binnenschiffahrt (RGBl. I S. 622).

36. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Notlage der Binnenschiffahrt vom 20. Mai 1943 (RAnz. 1943 S. 118).

Anordnung PR Nr. 145/48 vom 27. Dezember 1948 über die Übertragung der Befugnis zur Festsetzung und Genehmigung von Hafenabgaben und Hafenbahngebühren auf die Preisbildungsstellen der Länder (VkBl. 1949 S. 15).

3. Kraftverkehr

a) Güterkraftverkehr

Reichskraftwagentarif für den Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen vom 30. März 1936 (RVKBl. B 1936 S. 71).

Sondertarif für die Beförderung von Kartoffeln in Säcken im Güterkraftverkehr (RVKBl. 1940 S. 290, RVKBl. 1943 S. 89/99).

Sondertarif für die Beförderung von Steinkohlen- und Braunkohlenbriketts im Güterkraftverkehr (RVKBl. 1940 S. 341, RVKBl. 1942 S. 168/170).

Sondertarif für die Beförderung von Koks im Güterkraftverkehr (RVKBl. 1940 S. 344, RVKBl. 1942 S. 168/170).

Erste Anordnung über den Reichskraftwagentarif vom 12. August 1948 (WiGBl. 1948 S. 81, VKBl. 1948 S. 63).

Vierte Anordnung über den Reichskraftwagentarif vom 20. Dezember 1949 (VKBl. 1949 S. 154).

Fünfte Verordnung über den Reichskraftwagentarif (Liste der Ausnahmetarife) vom 19. Mai 1950 (VKBl. 1950 S. 166).

Sechste Verordnung über den Reichskraftwagentarif (Ausnahmetarif für Sammelgut in Ladungen) vom 19. Mai 1950 (VKBl. 1950 S. 183).

Erste Verordnung über Höchstpreise für Fuhrleistungen mit Kraftfahrzeugen im Nahverkehr vom 11. August 1950 (VKBl. 1950 S. 261).

Anordnung PR Nr. 132/48 vom 8. Dezember 1948 über die Berechnung von Winterzuschlägen im Straßengüterverkehr (VKBl. 1948 S. 90).

Tarife für Orts- und Nahumzüge mit Möbelwagen vom 16. Februar 1939 in der Fassung vom 1. Juli 1942 (RVKBl. 1942 B S. 68).

Tarife für den Möbelfernverkehr mit Kraftfahrzeugen vom 30. September 1936 (RVKBl. 1936 B S. 312).

Anordnung PR Nr. 73/48 vom 30. Juni 1948 über Automöbeltransporte mit Nichtspezialfahrzeugen (VKBl. 1948 S. 51).

Anordnung PR Nr. 74/48 vom 30. Juni 1948 über die Erhöhung der Tarifsätze für den Möbeltransport (VKBl. 1948 S. 50).

Anordnung PR Nr. 75/48 vom 30. Juni 1948 über die Berechnung von Leerfrachten für Möbelwagen im Möbelfernverkehr (VKBl. 1948 S. 50).

Anordnung PR Nr. 125/48 vom 23. November 1948 zur Verlängerung der Anordnung PR Nr. 74/48 über die Erhöhung der Tarifsätze für den Möbeltransport und PR Nr. 75/48 über die Berechnung von Leerfrachten für Möbelwagen im Möbelfernverkehr (VKBl. 1948 S. 85).

b) Personenkraftverkehr

Anordnung PR Nr. 17/49 vom 12. März 1949 über Preise für die Beförderung von Personen in Personenkraftwagen (VKBl. 1949 S. 54).

4. Spedition und Lagerei

Anordnung PR Nr. 146/48 vom 29. Dezember 1948 über Vergütungen für den Abfertigungsdienst des Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen (VKBl. 1948 S. 93).

Anordnung PR Nr. 12/49 vom 4. März 1949 zur Änderung der Anordnung PR Nr. 146/48 über Vergütungen für den Abfertigungsdienst des Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen (VKBl. 1949 S. 18).

Anordnung PR Nr. 24/49 vom 29. März 1949 über Vergütungen für den Abfertigungsdienst des Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen bei der Deutschen Reichsbahn (VKBl. 1949 S. 55).

Anordnung PR Nr. 148/48 vom 29. Dezember 1948 über Vergütungen im Spediteursammelladungsverkehr mit Eisenbahn und Kraftwagen (VKBl. 1948 S. 94).

Anordnung PR Nr. 74/49 vom 6. September 1949 über Berechnung der Kundensätze im Spediteursammelladungsverkehr mit Eisenbahn und Kraftwagen bei Gütern der Ausnahmetarife 24 A und 24 A 24 des Deutschen Eisenbahngütertarifs und des Reichskraftwagentarifs (VKBl. 1949 S. 127).

Verordnung PR Nr. 40/50 vom 27. Juni 1950 über Vergütungen für Leistungen von Spediteuren in Seehäfen (Seehafenspeditionstarife) (VKBl. 1950 S. 215).

IX. Post- und Fernmeldewesen

Erste Anordnung vom 24. Juli 1948 über Gebühren im Post- und Fernmeldedienst (Amtsblatt der Hauptverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Jahrgang 1948, Nr. 40 S. 125).

Zweite Anordnung vom 8. August 1948 über Gebühren im Post- und Fernmeldedienst (Amtsbl. d. Hauptverw. f. d. Post- und Fernmeldewesen des VWG. Jahrg. 1948 Nr. 46 S. 147).

Anordnung PR Nr. 113/48 vom 14. Oktober 1948 über Gebühren für Auslandsferngespräche und Auslandstelegramme (Amtsbl. der Hauptverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen 1948 S. 261).

Anordnung PR Nr. 64/49 vom 19. Juli 1949 zur Änderung der Fernsprechgebührenvorschriften (VfWMBl. II S. 94).

Anordnung PR Nr. 65/49 vom 19. Juli 1949 zur Änderung der Fernsprechgebührenvorschriften und der Verordnung über Gebühren für Nebentelegrafen und für den Fernschreibdienst vom 12. Juni 1942 (Amtsbl. der Hauptverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen 1949 S. 195).

Verordnung vom 19. Mai 1950 zur Änderung der „Verordnung über Funknachrichten an mehrere Empfänger" (BAnz. Nr. 115 vom 20. Juni 1950).

Verordnung vom 22. Mai 1950 zur Änderung der Fernsprechordnung vom 24. November 1939 (BAnz. Nr. 118 vom 23. Juni 1950).

Verordnung PR Nr. 60/50 vom 29. August 1950 zur Änderung der Postscheckordnung vom 16. Dezember 1927 (BAnz. Nr. 189 vom 30. September 1950).

B. Allgemeine Vorschriften

1. Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen vom 26. November 1936 (RGBl. I S. 955) nebst den dazu ergangenen Durchführungserlassen.

2. Anordnung PR Nr. 90/47 vom 25. September 1947 über Preisvorbehaltsklauseln bei langfristigen Lieferungsverträgen (VAWMBl. S. 251).
3. Runderlaß Nr. 8/48 vom 8. März 1948 betr. Preisvorbehaltsklauseln (VfWMBl. II S. 111).